

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Einzelhefte zu 2 Pfennig.

Einzelhefte zu 2 Pfennig. Die 4 gespaltene Nummer 20 Pfennig. Die 4 gespaltene Nummer 40 Pfennig.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 173 — 88. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 27. Juli 1929

## Bunte Speisefarte.

Der unerfährliche Regisseur. — Polnische Schimpfplanoden. — Barbarei in Europa.

Schulen und Parlamente sind in die Ferien gegangen, aber die unruhigen Weltgeister, die für Abwechslung auf der Erde zu sorgen haben, auf daß die Menschen sich nicht langweilen oder gar zu tosten anfangen, können uns keine Atempause, als fürchteten sie, wir könnten sie sonst überhaupt für entbehrlich halten. Ob Amerika sich aufregt wegen der fabelhaft schön gelungenen Refordfahrt unseres neuen Lloyd-Dampfers „Bremen“ und dessen Kapitän stürmt für die erste Rückfahrt nach der Alten Welt, ob der Deutsche Reichszentralrat sich plötzlich von heute auf morgen auf Tod und Leben operieren lassen muß, in einem Zeitpunkt, wo von seiner Regierung höchste Aktivität erwartet werden muß im Angesicht der großen internationalen Konferenz, zu der abermals die Regierungen aller der Länder, die uns im Weltkriege gegenüberstanden, zu rufen beginnen, ob in Berlin ein ganzer Fabrikstadtteil in Gefahr gerät, vor explodierenden Agentenstücken oder Gasbehältern wegzufahren zu werden, ob Tausende von Menschen in diesen heißen Sommertagen in den kühlen Wellen ihren Tod statt der gesuchten Erfrischung finden oder auf Autofahrten gedöpselt oder zermalmt werden — das Rad der Zeitgeschichte rollt in rasendem Tempo über solche Einzelschicksale und ereignisse hinweg, immer neuen Aufregungen entgegen, als wenn ein unerfährlicher Regisseur am Werke wäre mit der Aufgabe, die Menschheit nur ja keinen Augenblick zur Verwirrung kommen zu lassen. Die Speisefarte des Lebens kann heutzutage auch schon dem verwöhntesten Geschmacks genügen; die Gefahr, daß wir uns den Magen überladen, ist jedenfalls ungleich größer als die Aussicht, etwa vor Langeweile zugrunde zu gehen. Dabei ist die Kunst, von dieser reichbesetzten Tafel nur mit kluger Auswahl zu genießen, auf daß unsere Aufnahmefähigkeit sich nicht vorzeitig abnutze, auch nichts weniger als leicht zu üben, da die Tafelstuden zumeist nur allzu laut angepöbeln werden und die bunte Vielheit der Genüsse verwirrend wirken muß. Etwas weniger wäre auch in diesem Falle gewislich mehr und wir könnten zum wenigsten in der sommerlichen Erholungszeit wieder frische Kräfte sammeln für wer weiß welche neuen Überraschungen, die das Schicksal für uns vielleicht schon in Bereitschaft hält. Aber auf diesem Gebiete scheint niemand für die notwendige Nationalisierung zuständig zu sein, in der man sonst überall das Heil für die kranke Gegenwart zu erblicken glaubt.

Doch ist, Gott sei Dank, für einige Erweiterung auch in diesen schweren und bekümmerten Zeitaltern immerhin gesorgt. Oder soll man nicht schmunzeln bei den späten Kommentaren, mit denen die hauptstädtische Polenpresse die Mitteilung begleitet, daß der in diesen Tagen in Warschau zusammengetretene Internationale Chirurgienkongress seine Verhandlungen in Abwesenheit der deutschen Delegierten eröffnen mußte? Diese komischen Deutschen wollen nichts mit Leuten zu tun haben, die ihnen im Jahre 1920 schwarz auf weiß bescheinigen, daß sie durch ihr Verhalten im Weltkriege die Würde der Wissenschaft für ewig verscherzt hätten, und die an dieser ungemein schmeichelhaften Kennzeichnung auch heute noch festhalten oder sich wenigstens weigern, sie jetzt, nach der Wiederkehr ruhiger Zeiten, ausdrücklich zurückzunehmen. Das polnische Regierungsblatt spricht höflich, wie man im Reiche des Herrn Wilsdruff nun einmal ist, von deutscher Frechheit und Unverschämtheit und fügt hinzu, daß, wenn man früher die deutsche chirurgische Wissenschaft als moralisch unzulänglich und verwerflich gebremst habe, diese Kennzeichnung heute für die gesamte deutsche Wissenschaft gelten müsse. Wir sind zu rücksichtsvoll, um mit Fragen nach der stiftlichen Qualifikation polnischer Professoren und Studenten zu antworten. Wir dürfen uns mit der Zuversicht trösten, daß die Welt immerhin zwischen deutscher und polnischer Wissenschaft noch wird unterscheiden können, trotz aller Akumulationskraft auf der einen und aller Bescheidenheit auf der anderen Seite.

Wer wirklich Spuren von Barbarei in Europa feststellen möchte, der wird gewiß zu allererst in Deutschland danach suchen, während er in Polen gar nicht weit zu gehen braucht, um sie in Hülle und Fülle zu finden. Das ist gar nichts so Unerhörtes, wie es auf den ersten Blick vielleicht scheinen könnte, wenn man bedenkt, daß sogar das hochzivilisierte England noch heutigestags an der selbstverherrlichenden Möglichkeit festhält, deutsches Eigentum, fünfzehn Jahre nach seiner völkerrechtswidrigen Beschlagnahme im Kriege, zu liquidieren, als wäre das die selbstverständlichste und beste Sache von der Welt. Alle unsere früheren Feinde haben sich von dieser kulturfeindlichen bereits wieder losgesagt, so zuletzt auch die belgische Regierung, die sonst nicht gerade den Ehrgeiz hatte, in der Abkühlung der Kriegswunden vorbildlich zu sein. Einzig und allein mit Polen zieht England heute in dieser Beziehung an einem Strang. Muß man da nicht wirklich schon sagen: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft sehe!“

Dr. Eb.

## Poincare zurückgetreten — Briand sein Nachfolger?

### Sturm in der Kammer

Paris, 26. Juli. In der französischen Kammer gab es am Freitagabend eine große Ueberraschung, als zum Schluss der Aussprache der Vorsitzende der Finanzkommission, der Radikalsocialist Malvy, den Antrag stellte, die Regierung sollte sich am kommenden Freitag zur Frage der Steuerermäßigung äußern. Obwohl noch eine Reihe von anderen Anträgen für die nächsten Tage in Aussicht genommen war, u. a. eine sozialistische über eine allgemeine Amnestie bestieg Justizminister Barthou die Tribüne und verlas, ohne den Abgeordneten Malvy einer Antwort zu würdigen, den Erlaß der Regierung, der die Kammer auf Monate in die Ferien schickte. Die Empörung über diesen Gewaltstreich der Regierung, die eine anscheinend unangenehme Aussprache vermeiden will, war allgemein. Ordnungsgemäß mußte die Kammer noch zehn Minuten erneut zusammentreten, um das Protokoll der letzten Sitzung zu billigen, bevor sie in die Ferien geht. In dieser Sitzung, die eine knappe Viertelstunde dauerte, gab es einen wahren Sturm. Es hagelte schärfste Angriffe gegen die Regierung. Beschlossen wurde über die Annahme der Protokolle der letzten Sitzung namentlich abzustimmen.

Die Abstimmung über das Protokoll der letzten Sitzung in der Kammer hatte ein überraschendes Ergebnis. Es wurde mit 278 gegen 256 Stimmen abgelehnt. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses erschollen von zahlreichen Bänken des Hauses Zurufe, die Regierung solle zurücktreten. Der Justizminister und die übrigen Mitglieder der Regierung hatten die Kammer bereits verlassen. Der Präsident hob die Sitzung auf und veranlaßte das

Büro der Kammer, das dem deutschen Vorkonferenzrat entspricht, zusammenzutreten und über die Sachlage zu beraten.

Nach der Beratung des Kammerbüros trat die Kammer zu einer neuen Sitzung zusammen, in der der Vorsitzende das Haus beschwor, dem Lande kein Beispiel der Anarchie zu geben und das Protokoll der Schlussitzung, an dem tatsächlich nichts auszusagen sei, doch noch anzunehmen. Durch Handausheben wurde das Protokoll schließlich für gut erklärt und die Kammer ging nach diesem lächerlichen Schauspiel in die Ferien.

### Poincares Rücktritt

Paris, 26. Juli. Ministerpräsident Poincare richtete am Freitagabend an den Staatspräsidenten Doumergue ein Schreiben, in dem er dem Staatspräsidenten den Vorschlag unterbreitete, angesichts seiner Erkrankung und einer notwendig werdenden Operation, die ihn für zwei bis drei Monate arbeitsunfähig mache, ihn seines Amtes zu entheben und einen Nachfolger zu ernennen.

Hierauf trat sofort ein Kabinettsrat im Außenministerium zusammen. Der Kabinettsrat, der bis 23 Uhr tagte, erteilte dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Justizminister Barthou und dem Außenminister Briand den Auftrag, Poincare die Juncation und die Sympathie des Kabinetts zum Ausbruch zu bringen und ihn zu ersuchen, nach seiner Wiederherstellung wieder an die Spitze der Regierung zu treten. Barthou und Briand begaben sich darauf zu Poincare, um sich ihres Auftrages zu entledigen. Der für Sonnabend vormittag 9.30 Uhr vorgesehene Ministerrat wird angesichts der Lage erst um 10.30 Uhr zusammentreten. Man erwartet, daß Briand das neue Kabinet bilden wird.

## Der Kampf um den Young-Plan

### Volksbegehrtendgebung gegen den Young-Plan.

Hugenberg und Düsterberg als Redner

In Münster fand eine vom Ausschuss für das deutsche Volksbegehren veranstaltete öffentliche Kundgebung statt, an der u. a. auch Studenten teilnahmen. Es sprachen Geheimrat Hugenberg, Oberleutnant a. D. Düsterberg und ein Mitglied des Vereins Deutscher Studenten.

Geheimrat Hugenberg betonte in längerer Ausführungen, daß man, um dem deutschen Volke das Unglück des Pariser Tributvertrags fernzuhalten, mit vereinter Kraft alle Mittel ausbieten müßte, auch das Mittel des Volksbegehrens.

Die etwaige Annahme des Pariser Tributvertrages in Verbindung mit der marxistischen Mißwirtschaft des heutigen Staates werde nur zu bald ungewöhnliche Not in Deutschland zeitigen. Sie werde Millionen in Deutschland überraschen. Damit dann nicht Unglück über Deutschland komme, werde es gut sein, wenn diejenigen, welche es kommen sehen, sich vorher zusammengefunden haben würden.

Der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberleutnant a. D. Düsterberg, verwies auf den Kampf des Stahlhelms um die Vorbereitung des geistigen Bodens für eine nationale Selbstbehaltung und Befreiungspolitik in Deutschland und kam dann auf den Kampf gegen den Young-Plan zu sprechen. Es sei selbstverständlich gewesen, daß der Stahlhelm sein Volksbegehren hinsichtlich einer Verfassungsänderung gegenüber der dringenden Forderung, die Annahme des Young-Planes zu verhindern, vorläufig zurückstellte. Dank der Vorbereitungen in den letzten Monaten sei es möglich gewesen, eine große Reihe von Parteien und Organisationen zur Bildung eines Reichsausschusses zusammenzubringen. Diese Parteien und Organisationen hätten sich zusammengefunden auf paritätischer Grundlage, um unter Zurückstellung von Sonderaufgaben endlich in dieser großen wichtigen Lebensfrage unserer Nation gemeinsam arbeiten zu können. Der Redner verbreitete sich dann eingehend über die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen aus dem Young-Plan.

### England und der Young-Plan.

Schatzkanzler Snowden im Unterhaus.

Im Englischen Unterhaus erklärte Schatzkanzler Snowden: „England ist keineswegs zur Annahme der Annehmungen des Young-Planes verpflichtet. Meines Wissens hat bisher keine der interessierten Regierungen den Bericht angenommen, mindestens keine der Gläubigerstaaten. Der deutsche Außenminister scheint erklärt zu haben, die deutsche Regierung nehme den Bericht als Grundlage einer Konferenz an. Ich glaube, die Gläubigerstaaten sind der Meinung, daß es ihnen freistünde, über den Bericht zu verhandeln. Tatsächlich würde eine Konferenz unmöglich sein, wenn die Regierungen den Bericht in seiner jetzigen Form annehmen müßten.“

Der Schatzkanzler erinnerte dann an verschiedene Stadien der Verhandlungen der Sachverständigen, und sagte: „Die Regierung hat sich durchaus einverstanden erklärt, mit der Annahme der festgesetzten Annuitäten. Wir haben keinen Wunsch, die Summe der von Deutschland verlangten Zahlungen zu erhöhen. In diesem einen Punkte sind wir, wie ich glaube, alle Beteiligten einig.“ Der Schatzkanzler zitierte dann die Ziffern des Annuitätenschemas und bemerkte: „Von dem

### unbedingten Teil

wird erwartet, daß er unter allen Umständen gezahlt wird außer im Falle des völligen Bankrotts Deutschlands, mit dem aber nicht gerechnet wird. In diesen unbedingten Zahlungen hat Großbritannien keinen wesentlichen Anteil. Fünf Sechstel gehen an Frankreich, der Rest an Italien. Unser Anteil an den Annuitäten könnte vergrößert werden mit den gewöhnlichen Aktien eines vielleicht nicht sehr gesunden Konzerns, während die unbedingten Zahlungen als Schuldverschreibungen erster Klasse betrachtet werden können. Dieses ist die Lage hinsichtlich der Einteilung der Annuitäten in zwei Teile. Wenn die Zahlungen geleistet werden, werden sie sich folgendermaßen verteilen: Wir erhalten 17,5 Millionen Pfund, die Dominions 2,6 Millionen Pfund, Frankreich 52,5 Millionen und Italien nicht ganz 11 Millionen Pfund.“

### Lloyd Georges Kritik an dem Plan.

Vor dem Schatzkanzler hatte Lloyd George gesprochen. Er sagte: „Ich bin erstaunt, daß dieser Bericht dem britischen Schatzamt als eine gerechte Berücksichtigung der britischen Ansprüche unterbreitet worden ist. Ich hoffe, Snowden wird seinen Einfluß benutzen, um

### sehr beträchtliche Abänderungen

an dem Plan durchzuführen. Meine Bedenken richten sich nicht dagegen, daß die deutschen Zahlungen herabgesetzt werden. Aber ich erhebe Widerspruch dagegen, daß die Gesamtheit der Opfer in der Hauptsache von Großbritannien getragen werden soll. Wenn es eine Herabsetzung geben mußte, dann hätte sie gerecht auf alle Gläubigerstaaten verteilt werden müssen. Ich vermag keinen Grund für eine Abänderung des Reparationsverteilungsplans von 1920 zu entdecken.“

Die Regierung darf ihre Unterdrift nicht unter einen Bericht setzen, der nicht nur ein Rückschritt, sondern eine Demütigung für uns ist.“

Nach der Rede Snowden vertagte sich das Unterhaus bis zum 29. Oktober.

## Regierungskonferenz in Holland.

Erste Erörterung Poincares.

Der Streit um den Ort, in dem die große Regierungskonferenz im August zusammentreten soll, ist nunmehr beigelegt. Die Entscheidung ist auf die Hauptstadt Hollands, den Haag, gefallen. Bis zuletzt hat sich namentlich Belgien gegen den Haag als Konferenzort gewandt, da die Brüsseler Regierung infolge der Veröffentlichung der